

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Annoncenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis 10 Pf. — Anzeiger Nr. 55.

Empfehlung der Reichsregierung: Die Anzeigen- und Annoncenstellen sind für die Anzeiger des Erzgebirges zu empfehlen. — Preis 10 Pf. — Anzeiger Nr. 55.

Telegraphische Anzeigen des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 54

Freitag, den 5. März 1926

21. Jahrgang

Die Locarnoverträge in der französischen Kammer angenommen.

413 Stimmen dafür — 71 dagegen — 80 Stimmenthaltungen.

Paris, 2. März. Nach fünfjähriger Debatte nahm die Kammer heute Abend die Locarnoverträge mit 413 : 71 Stimmen bei etwa 80 Stimmenthaltungen an. Nach den vorhergegangenen Reden und nach der Stimmung in der Kammer überraschte dieses außerordentlich günstige Ergebnis, das nur durch das unermüdliche persönliche Einsetzen Briands zu erklären ist. Die Stimmenthaltungen rührten von der Union Republikaine, der Partei Maginots, her.

Ministerpräsident Briand legte dar, daß eine Reform des Völkerbundes

von verschiedenen Staaten bereits seit der Gründung des Völkerbundes angestrebt worden sei. Er für seine Teil sei stets einer Erweiterung des Rates günstig gesinnt gewesen, weil der Rat eine immer größere, immer bedeutendere Rolle zu spielen habe. Es sei eine falsche Ansicht, in dem Völkerbund eine Art geschlossene Sitzung zu sehen. In der sich die Gegner ohne Kenntnis der Außenwelt trafen. Der Völkerbund sei im Gegenteil ein Ort der Versöhnung. Briand erklärte endlich, daß er sehr glücklich sei, wenn er auch

Polen zum Völkerbundrat zugelassen

sehen könnte, denn er sei der Ansicht, daß die Vertreter Deutschlands das größte Interesse daran hätten, im Völkerbundrat auch mit Polen zusammenzutreffen.

Gegen Schluß der Debatte ging es noch ungemein stürmisch her. Den Anlaß dazu gab der elsässische Kommunist Huber, der den Wahlkreis Straßburg und Unterelsaß in der Kammer vertritt. Huber erklärte schon bei einer früheren Gelegenheit, daß er nicht französisch sprechen könne und seine Gedanken im Elsässischen Dialekt, d. h. Dialekt, abgeben wolle. Sofort erheben sich von der Rechten und von der Mitte laute Protestrufe. Mit Mähe setzte sich Herriot durch und donnerte mit Stimmort Stimme in den Saal hinein, daß man es den Elsässern, die gute Franzosen seien, nicht verjagen könne, in ihrer Sprache zu sprechen, und gibt dem Abgeordneten dann das Wort. Huber behält den elsässischen Dialekt bei. Aber schon bei seinen ersten Worten bricht der Lärm von neuem los. Wieder interveniert Herriot. Da seine Aufforderungen an den Abgeordneten, doch Französisch zu sprechen, erfolglos bleiben, beruft er

sich gegenüber den opponierenden Deputierten auf die Tradition und den Präzedenzfall, der bereits vor einem Jahre eingetreten ist, als Huber das erste Mal durchsetzte, von der Kammertribüne aus in Elsässisch-Deutsch zu sprechen. Während die Deputierten damals vor lauter Verblüffung nur mit Lachen und Stöhnen das Elsässisch aufnahmen und einige den Saal verließen, blieben sie heute geschlossen im Saal und suchten durch Lärmen die Rede Hubers unmöglich zu machen. Dazu tragen die Kommunisten durch ununterbrochenes lautmäßiges Händeklatschen bei, die Worte Hubers verständlich zu machen. Unter riesigem Tumult hört man nur einige Sätze, so: „Früher hatte man unter den deutschen Kapitalisten zu leiden, heute unter den französischen. Das ist der ganze Unterschied.“ Inzwischen sind die fünf Minuten Redezeit, die jedem Abgeordneten in der Spezialdebatte zur Verfügung stehen, vorüber. Herriot fordert den Redner auf, die Tribüne zu verlassen. Da Huber sich nicht fügen läßt und unermüdlich weiterredet, erhebt sich Herriot von seinem Präsidentensitz und hebt die Sitzung auf. Huber spricht noch weiter, während die Abgeordneten in riesiger Aufregung den Saal verlassen. Da die Erregung sich nicht legt, wird die Tribüne geräumt.

Unmittelbar vor der Abstimmung ergriff Briand noch einmal das Wort, um zum letzten Male die Kammer zur Annahme der Locarnoverträge aufzufordern. Dabei ruft der Ministerpräsident dem elsässischen Nationalisten Pfleger zu, daß die Locarnoverträge gerade im Interesse Elsas-Lothringens lägen, das sonst im nächsten Jahre wiederum zum Schauplatz werden könnte. „Ich habe die Ueberzeugung“, schließt Briand unter starkem Beifall der Linken und der Mitte, „daß ich Frankreich einen Dienst erwiesen habe.“ Dann wird bei guter Befehung die Schlussabstimmung vorgenommen. Der elsässische Abgeordnete Welll hat beantragt, daß die Rede Briands über die Abkommen von Locarno, deren Verbreitung durch öffentlichen Maueranschlag die Kammer beschlossen hat, der Bevölkerung in Elsas-Lothringen sowohl in französischer Sprache als auch in deutscher Sprache zur Kenntnis gebracht werde. Der Antrag Welll sei von der Regierung günstig aufgenommen worden.

Deutscher Einspruch gegen die polnische Pressenkampagne.

Berlin, 3. März. Der deutsche Gesandte in Warschau hat am 1. d. M. im Auftrage der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in der gegen die gabellose polnische Pressenkampagne, wie sie sich aus Anlaß der letzten Deutschenverhaftungen in Polnisch-Oberschlesien, insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Katowitz gerichtet hat und andauernd richtet, scharfster Einspruch eingelegt wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß trotz der auf entsprechend ernste Vorstellungen des deutschen Generalkonsulats erfolgten Besprechungen des Katowitzer Bismarckdenkmals nicht geschaffen wurde, und daß jener weiter den Pressenangriffen, die ihm in bärren Worten Spionagetätigkeit vorwerfen, ausgesetzt blieb. Es ist in der Note auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Ortsbehörden sehr wohl in der Lage waren, diesen allen internationalen Gespinnstlichkeiten widersprechenden Ton der Presse zu mäßigen, seien doch gleichzeitig mehrfach deutschsprachige Zeitungen wegen Auslassungen beschlagnahmt worden, die an dem Vorgehen der polnischen Polizei Kritik übten.

Ein Manifest des Ex-Königs Emanuel von Portugal.

Lissabon, 4. März. Der Ex-König Emanuel von Portugal hat an seine Anhänger eine Erklärung gerichtet, in welcher er sein politisches Programm entwickelt und festlegt, nur in einer absolutistischen Monarchie wieder den Thron besteigen zu wollen. Diese Erklärung hat in allen Kreisen Portugals großes Aufsehen hervorgerufen.

Französische Kriminalpolizei in Köln.

Der „B. J.“ zufolge wollen seit einigen Tagen französische Kriminalbeamte in Köln, um in der Gelegenheit der ungarischen Notenfälschungen Nachforschungen nach dem Papier anzustellen, das angeblich aus einer Löhner Fabrik stammen soll. Die Nachforschungen waren ergebnislos.

Dr. Luppe wieder im Amt.

Berlin, 4. März. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Nürnberg berichtet, begrüßte Bürgermeister Kroll den zum ersten Mal wieder anwesenden Oberbürgermeister Dr. Luppe in der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung des Stadtrates in herzlichster Weise. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es Luppe gelungen sei, aus allen Unternehmungen und Gerichtsverfahren unbelastet und in persönlicher Mafellosigkeit hervorzugehen. Die Begrüßungsansprache wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Eine Erklärung des Völkischen Blocks gegen Hitler.

München, 3. März. Die Landtagsfraktion des Völkischen Blocks veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

„Im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der völkischen Idee, die schon lange vor Hitler lebendig war, lehnen wir jede Verpöchtung ab, eine politische Anklage ohne und des Klassenkampfes mitzumachen, wie sie seit dem 6. Juni 1924 von einigen Agitatoren Hitlers innerhalb der Bewegung begonnen und mit verwerflichen Mitteln bis heute durchgeführt wurde. Hitler trägt diese Politik. Der Völkische Block lehnt mit aller Entschiedenheit die Ausschreitungen Hitlers und seiner Parteifreunde ab und gibt seiner Entrüstung Ausdruck, daß die Abgeordneten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die den Völkischen Block verlassen haben, dieser Standpunkt nicht entgegenwirken.“

Die Erklärung bemerkt zum Schluß: Im Abigen wird sich auf dem Wege der Klage Gelegenheit bieten, mit den großen Beleidigungen der nationalsozialistischen Parteileitung ein für allemal Schluß zu machen.

Der französische Finanzminister reist nach London.

Gaul Doumer wird am kommenden Montag nach London reisen. Das Ziel seiner Reise ist eine Aussprache mit Winston Churchill über die internationalen Schulden.

Besprechung Dr. Luthers mit den Fraktionsvorsitzenden.

Berlin, 3. März. Reichskanzler Dr. Luther hatte heute mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien im Reichstagsgebäude eine lange Besprechung. Wie berichtet wird, wurde über die Genfer Verhandlungen nicht gesprochen; der Kanzler hatte vielmehr den Wunsch, sich über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung mehrerer parlamentarischer Anfragen und im Zusammenhang damit über Fragen rein innerpolitischer und wirtschaftlicher Natur auseinanderzusetzen. Vor allem wünschte der Kanzler eine engere und bessere Fühlungnahme zwischen den Regierungsparteien und der Regierung. Man kam schließlich überein, wieder einen interfraktionellen Ausschuss zu bilden, der diese engere Fühlungnahme mit der Regierung ermöglichen soll.

Die demokratischen Abgeordneten Koch und Grefelyn vertraten die Auffassung, daß der vom Kanzler gewünschte Zweck am besten dadurch erreicht würde, wenn ein Minister ohne Worterfülle ernannt würde, der unangeführt mit dem Reichstag Fühlung nehmen, den Kabinettsrat besuchen und sich über alle einschlägigen Dinge mit den Regierungsparteien in Verbindung setzen würde. Der Kanzler sagte zu, daß er diese Anregung in Erwägung ziehen wolle.

Der spanische Außenminister über die Frage der Ratsfrage.

Madrid, 3. März. In einer Sitzung von gestern Abend beschloß der Ministerrat, daß der Außenminister Yanguas sich als Vorsitzender der spanischen Abordnung bei der Völkerbundsversammlung nach Genf begeben soll. Nach der Sitzung gab Yanguas Pressevertretern folgende Erklärung ab: Der Beschluß des Ministerrates entspricht dem wesentlichen Interesse, daß die spanische Regierung den Verhandlungen der nächsten Völkerbundsversammlung beizutreten. Spanien ist sich seines Rechtes voll bewußt, es vertritt aber seine Pflicht der gegenseitigen Hilfe im Schoße des Völkerbundes nicht und glaubt fest, daß seine gerechten Ansprüche nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die Grundinteressen des Völkerbundes selbst fördern, dessen Rat ein wirksames Instrument der Versöhnung sein soll. Spanien, das in Locarno nicht vertreten war, würde sich im Rate in der von Chamberlain gewünschten Lage eines Unparteilichen befinden, um als passendes Stück im Werk dieser Organisation zu dem großen Werk der Versöhnung des Friedens beizutragen. Die spanische Regierung hat die Lage lange geprüft und nach reiflicher Ueberlegung über ihre Haltung gegenüber den in Genf zu erörternden Problemen entschieden. Ich werde stets bemüht sein, ihren leitenden Ideen treu zu bleiben und ihren Willen zu verwirklichen. Um meine Aufgabe zu Ende zu führen, rechne ich auf die ermutigende Macht der spanischen öffentlichen Meinung, die sich in dieser Angelegenheit mit einer seltenen Einmütigkeit geäußert hat und so die hohe Bedeutung zeigt, die ganz Spanien dieser Frage beizutragen.

Keine Abmachungen über die Völkerbundsfrage.

London, 3. März. Wie Reuters erfährt, ist in gutunterrichteten Kreisen keine Bestätigung der Meldungen zu erlangen, daß irgendwelche Besprechungen, sei es Deutschland, sei es einem anderen Lande gegenüber, gemacht worden seien in Bezug auf das Verfahren bei der Tagung des Völkerbundes in Genf. Es wird darauf hingewiesen, daß niemand in der Lage ist, irgendwelche Besprechungen zu machen. Die Entscheidung werde notwendigerweise beim Rate selbst liegen. Es gewinnt jedoch die Ueberzeugung immer mehr an Boden, daß der größte Teil der bestehenden Schwierigkeiten in erheblichem Umfang, wenn nicht vollständig, auf Grund der privaten Besprechungen, die scheinbar am Montag in Genf zwischen den Führern der einzelnen Delegationen stattfanden, beseitigt werden würde. Ergende was Bestimmteres, als die bloße Anregung einer etwaigen Ernennung einer Kommission, die die Frage weiterer Maßnahmen prüfen und später an den Völkerbund Bericht erstatten soll, liegt nicht vor; aber es scheint, als ob dieser Gedanke von Genf selbst ausgegangen sei, und daß er einen möglichen Ausweg darstelle.

Eine Notenfälschungsaffäre in Argentinien.

Paris, 3. März. Dem „Newport Herald“ wird aus Buenos Aires berichtet, daß in Argentinien eine großangelegte Affäre von Fälschungen von Banknoten aufgedeckt worden sei. In der Provinz Mendoza seien unzählige Aktien von